

öffentliche N I E D E R S C H R I F T

VERTEILER:

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Ausschuss für Umweltschutz, SZ-03DISYH	
Sitzung am	: 15.03.2000	
Sitzungsort	: Rathaus, Sitzungsraum 3	
Sitzungsbeginn	: 18:30	Sitzungsende : 21:55

Öffentliche Sitzung

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r : gez.

Schriftführer/in : gez.

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Umweltschutz
Sitzungsdatum	: 15.03.2000

Sitzungsteilnehmer

Teilnehmer

de Veer, Günter **18:30 bis 21:55 für Frau Schmitt**
Verwaltung

Schlüter, Uwe **18:30 bis 21:55 Amt 68**
Schlombs, Walter **18:30 bis 21:55 Dez. III**
Sandhof, Martin **18:30 bis 21:55 Amt 70**
Vorsitz

Reiländer, Susanne **18:30 bis 21:55**
Verwaltung

Reher, Uwe **18:30 bis 21:55 Team 695**
Teilnehmer

Prosch, Udo **18:30 bis 21:55 für Herrn Lücht**
Oettlein, Stefan **18:30 bis 21:55 für Herrn Peters**
Verwaltung

Möller, Jörg **18:30 bis 21:55 Team 694**
Teilnehmer

Lüllau, Erika **18:30 bis 21:55**
Langeheinecke, Karl-Heinz **18:30 bis 21:55**
Verwaltung

Kurzewitz, Werner **18:30 bis 21:55 Abt. 701**
Kerlin, Bernhard **18:30 bis 21:55 Team 695**

Teilnehmer

Jäger, Thomas
Ebert, Annemarie
Verwaltung

18:30 bis 21:55 Gast bis 20 Uhr
18:30 bis 21:55

Drews, Rüdiger
Brüning, Herbert
Breymann, Axel v.

18:30 bis 21:55 Amt 12
18:30 bis 21:55 Amt 15
18:30 bis 21:55 Protokoll

Entschuldigt fehlten
sonstige

Schmitt, Hella
Peters, Thies
Lücht, Bernd

18:30 bis 21:55
18:30 bis 21:55
18:30 bis 21:55

Sonstige Teilnehmer

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Umweltschutz
Sitzungsdatum	: 15.03.2000

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 :
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**TOP 2 :
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

**TOP 3 : B00/0105
Sitzungsteilnahme der Stadt Norderstedt in WZV-Gremien auf dem Gebiet der
Abfallwirtschaft**

**TOP 4 :
Berichte und Anfragen - öffentlich -**

**TOP 4.1 M00/0106
:
Abfallwirtschaftliche Kooperationen des WZV mit anderen Körperschaften hier:
Vertragsentwurf zwischen WZV/Kreis Segeberg, MVA Stapelfeld GmbH und
Stadtreinigung Hamburg**

**TOP 4.2 M00/0131
:
Bericht des Betriebsbeauftragten für Abfall und Immissionsschutz gemäß § 54
Bundesimmissionsschutzgesetz für das Jahr 1999**

**TOP 4.3 M00/0134
:
Verdichtung Altglascontainer hier: Anfrage von Frau Hahn in der Sitzung des
Ausschusses für Umweltschutz am 16.02.2000**

**TOP 4.4 M00/0133
:
Abfallstatistik 1999**

**TOP 4.5
:
Blei im Trinkwasser**

TOP 5 :

Klimaschutz - ständiger TOP -**TOP 6 :****Baumschutzsatzung****TOP 6.1 M00/0107**

:

Baumschutzsatzung, hier: Stand des Prüfauftrages vom 16.02.2000 zur Änderung der bestehenden Baumschutzsatzung**TOP 6.2 B00/0111**

:

Baumschutzsatzung hier: Antrag der Fraktion DIE BÜRGERPARTEI vom 29.02.2000**TOP 7 :****Tertialbericht 03.99 des Betriebsamtes****TOP 8 :****Einwohnerfragestunde - wird als erster Tagesordnungspunkt nach 20 Uhr aufgerufen -****TOP 9 : B00/0055****3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft in der Stadt Norderstedt****TOP 10 :****Schmutzwasserableitung hier: Probleme aus dem Fremdwasseranteil****TOP 11 :****AGENDA 21 -ständiger TOP -****Nichtöffentliche Sitzung****TOP 12 : B00/0112****Kanalkataster hier: Vergabe des Abschlussauftrages für die Ingenieurleistungen****TOP 13 :****Berichte und Anfragen - nicht öffentlich -**

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Umweltschutz
Sitzungsdatum	: 15.03.2000

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt mit 11 Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt als Gast Herrn Finnern vom Wege-Zweckverband Segeberg.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Vorsitzende beantragt, den Tagesordnungspunkt 8 – Sitzungsteilnahme der Stadt Norderstedt in WZV-Gremien – und den Tagesordnungspunkt 11 – Berichte und Anfragen – der Einladung als Punkt 3 und 4 zu behandeln.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen .

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: B00/0105 Sitzungsteilnahme der Stadt Norderstedt in WZV-Gremien auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft

Herr Kurzewitz erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Finnern beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Vorsitzende beantragt, diesen Punkt zu vertagen und in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Die Vorsitzende beantragt, das Thema Abfallwirtschaft als ständigen Punkt auf die Tagesordnungen zukünftiger Sitzungen zu setzen.

Sie lässt über die Anträge abstimmen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Protokollauszug:

70

15

TOP 4: Berichte und Anfragen - öffentlich -

TOP 4.1: M00/0106 Abfallwirtschaftliche Kooperationen des WZV mit anderen Körperschaften hier: Vertragsentwurf zwischen WZV/Kreis Segeberg, MVA Stapelfeld GmbH und Stadtreinigung Hamburg

Der Ausschuss für Umweltschutz nimmt folgenden Bericht zur Kenntnis:

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz am 15.12.1999 wurde unter TOP 3 der Inhalt des Kooperationsvertrages zwischen dem Wege-Zweckband, der MVA Stapelfeld GmbH und Stadtreinigung Hamburg mit dem Stand der Verhandlungen vorgestellt. Der Vertragsentwurf ist der vorgenannten Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz am 19.01.2000 wurde unter TOP 3 die Verwaltung gebeten, das Thema "Abfallwirtschaftliche Kooperation zwischen dem WZV und der Freien und Hansestadt Hamburg als Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umweltschutz zu setzen. Ferner wurde darum gebeten, dem Ausschuss in Form einer Berichtsvorlage das Schreiben des WZV sowie des Kreises Segeberg zur Verfügung zu stellen sowie den öffentlich-rechtlichen Vertrag und eine Stellungnahme des Umweltministeriums zur rechtlichen Würdigung des Kooperationsvertrages. Der Vorsitzende bat ferner die Verwaltung um eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile des jetzigen Konzeptes des Kooperationsvertrages mit dem

Optionsvorschlag, dass die thermische Behandlung der Abfälle im MVA erst ab dem Jahr 2005 beginnen könnte.

Der öffentlich-rechtliche Vertrag über die Übertragung von Aufgaben der Abfallentsorgung im Kreis Segeberg vom 17.08.1999 ist als **Anlage 1** beigelegt. Entsprechende Sitzungsvorlagen waren Gegenstand der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 17.12.1998 (TOP 3), 18.02.1999 (TOP 6), am 04.03.1999 (TOP 3) und in der Sitzung der Stadtvertretung am 27.04.1999 (TOP 8).

Als **Anlage 2** wird das Schreiben des WZV vom 08.02.2000 zur abfallwirtschaftlichen Kooperation mit der SRH/MVA Stapelfeld beigelegt. Die von der Stadt Norderstedt schriftlich erbetene Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten hierzu wird nachgereicht, sobald diese vorliegt.

Die Verwaltung sieht sich derzeit nicht in der Lage, eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile des jetzigen Konzepts des Kooperationsvertrages mit dem Optionsvorschlag zu erstellen, dass die thermische Behandlung der Abfälle im MVA erst ab dem Jahr 2005 beginnen könnte.

Nachteile könnten darin bestehen, dass die Gebührenentwicklung im Kreis Segeberg bei einer thermischen Vorbehandlung deutlich ansteigt. Ohne Zahlenmaterial des WZV über rechnerische Vergleiche kann die Stadt Norderstedt keine Aufklärung in der vorgenannten Weise geben. Logistische Vor- oder Nachteile insbesondere hinsichtlich des Transports der Abfälle lassen sich erst in einem weiteren Stadium absehen, da derzeit keine konkreten möglichen Veränderungen darstellbar sind

Herr Kurzewitz beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Er reicht ein Fax des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig – Holstein zum Thema ans Protokoll (**siehe Anlage 3**)

Herr Finnern gibt einen Sachstandsbericht ab und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Protokollauszug:

701

TOP 4.2: M00/0131

Bericht des Betriebsbeauftragten für Abfall und Immissionsschutz gemäß § 54 Bundesimmissionsschutzgesetz für das Jahr 1999

1. Schadstoffsammelstelle

Seit Beginn des Jahres 1999 erfolgt die Deklaration der Abfälle gemäß Europäischen Abfallkatalog. Die Umstellung wurde mit dem Schreiben des Landesamtes für Umwelt des Landes Schleswig-Holstein vom 14.12.1998 genehmigt. (**Anlage 4**)

Die angelieferten Sonderabfallmengen auf der Schadstoffsammelstelle fielen mit 162.000 kg im Jahr 1999 im Vergleich zu 163.788 kg im Jahr 1998 geringfügig.

10.400 kg stammten aus der Anlieferung von Kleinmengen aus Gewerbebetrieben, die gemäß Gebührensatzung gesondert abgerechnet wurden.

Gemäß Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte - 5.BImSchV- ist für die von der Stadt Norderstedt betriebene Schadstoffsammelstelle ein Betriebsbeauftragter für Immissionsschutz zu bestellen. (**Anlage 5**).

Mit der Bestellung von Herrn Peter Hübschmann ist die Stadt dieser Verpflichtung nachgekommen. (**Anlage 6**).

Mit Inkrafttreten der Batterieverordnung im Oktober 1998 erfolgt die Entsorgung gemäß Rücknahmeverpflichtung über die Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (GRS).

2. Hausabfall:

A)**Restabfall:** Die Restabfallmengen sind im Jahr 1999 auf 11.313 Jahrestonnen angestiegen. Dies entspricht einen Anstieg von 4% bezogen auf die Durchschnittsmenge je Einwohner. Mit 3kg/Einwohner und Woche ist hierbei immer noch ein relativ niedriger Wert im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erreicht.

B)**Bioabfall:** Mit 5.319 Tonnen getrennt erfasster Bioabfälle im Jahr 1999 wurde die Vorjahresmenge von 5.500 Tonnen annähernd erreicht. Die Qualität des angelieferten Abfalls wurde bis auf wenige Ausnahmen von der Kompostierungsanlage als gut bezeichnet. Vereinzelt gab es im mehrgeschossigen Wohnungsbau, die durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit behoben werden sollen.

3. Gewerbeabfall

Die Abfallmengen der der Stadt Norderstedt im Bereich der Gewerbeabfallentsorgung zur Entsorgung angedienten Abfälle ist im Vergleich zu 1998 gesunken. Die Mengenentwicklung der letzten 4 Jahre ist als **Anlage 7** beigefügt.

Während die an den WZV angelieferten Abfallmengen nur geringfügig sanken, gab es einen erheblichen Rückgang im Bereich der Sonderabfälle. Dies ist zum einen mit neuen Verwertungsmöglichkeiten zu begründen bzw. bei Öl- und Benzinabscheideranlagen auf die geänderte DIN-Vorschrift, die die 2-mal jährliche Regelentsorgung nicht mehr vorschreibt. Im Zuge der Gewerbeabfallentsorgung werden seitens der Abfallberatung verstärkt insbesondere im Bereich gemischter Siedlungsabfälle Verwertungspotentiale ausgeschöpft. Im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der Fa. Brockmann Recycling GmbH in Nützen besteht seit Beginn des Jahres 2000 die Möglichkeit, verwertbare Siedlungsabfälle zu entsorgen.

Wie bereits 1998 wurden auch 1999 für alle betroffenen Norderstedter Gewerbebetriebe die gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz geforderten Abfallbilanzen erstellt und verschickt. Zusätzlich wurde eine entsprechende Beratung angeboten, die von zahlreichen Firmen genutzt wurde.

Mit Beginn des Jahres 1999 wurden die Abfallschlüssel gemäß Europäischen Abfallkatalog eingeführt, die die Anpassung aller gewerblichen Entsorgungsaufträge erforderlich machte.

4. Straßenkehricht und Sielrückstände

1999 wurden insgesamt 2174 Tonnen Kehrgut und Sielrückstände gemäß Vertrag bei der AB Umwelttechnik in Lägerdorf verwertet.

Im Vergleich zur herkömmlichen Deponierung bedeutet dies neben den ökologischen Aspekten auch Einsparungen in Höhe von **ca. 280.000 DM**.

Die Erhöhung um 275 Tonnen gegenüber den 1898 Tonnen im Vorjahr beruht auf den Einsatz einer neu beschafften Kleinkehrmaschine.

5. Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb

Am 03. August 1999 fand das Audit für die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb statt. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Zertifizierung ist das Betriebsamt berechtigt, das Gütesiegel Entsorgungsfachbetrieb zu führen. (**Anlage 8**)

Das geforderte Wiederholungsaudit ist für Ende Juli 2000 geplant.

Mit Erteilung des Zertifikats besteht auch die Verpflichtung, sogenannte Betriebstagebücher für die jeweiligen abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten zu führen. Die Auswertung und Kontrolle dieser Tagebücher erlaubt neben den statistischen Daten auch ein schnelles Erkennen von Abweichungen und Problemen.

6. Abscheideranlagen der Bauhöfe Friedrich-Ebert-Straße 76

Die Entsorgung des Schlammfanges der Abscheideranlagen des Bauhofes Friedrich-Ebert-Straße 76 erfolgt derzeit über einen provisorischen Schlammmentwässerungscontainer. Der abfiltrierte Schlamm wird dann wieder zurück in den Bunker der Sielrückstände gekippt. Das Vorgehen wurde mit den zuständigen Behörden abgestimmt. (**Anlage 9**)

Die hierdurch eingesparten Entsorgungskosten im Vergleich zum Vorjahr betragen ca. 70%. (entspricht ca. 30.000 DM)

Die Anschaffung eines Schlammmentwässerungscontainers ist für das Jahr 2000 vorgesehen.

7. Wertstofffassung:

Bezüglich der Daten über die Wertstofffassung sowie detaillierte Statistiken der im Stadtgebiet Norderstedt erfassten Abfallmengen wird auf den gesonderten Bericht von Frau Berke verwiesen.

Protokollauszug:

701

TOP 4.3: M00/0134

Verdichtung Altglascontainer hier: Anfrage von Frau Hahn in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz am 16.02.2000

Im April 1998 wurde mit der vom Bauausschuss der Stadt Norderstedt beschlossenen Verdichtung der Containerstandorte zur Erfassung von Altglas, Altpapier und Altkleider begonnen.

Im Rahmen der beschlossenen Verdichtung erfolgte bis heute an folgenden neuen Standorten u.a. eine Aufstellung von je 2 Glascontainern:

1. Forstweg (vor Bebauung Heinrich-Lönnies-Straße)
2. Glasmoorstraße / ggü. Nr. 55
3. Heidbergstraße / Möllner Weg 2 – 44 (in der nächsten Woche erfolgt eine Umstellung in den Platanenweg)
4. Quickborner Straße / ggü. Feuerwache
5. Schwentinestraße / Treeneweg
6. Stormarnstraße / vor Famila Markt
7. Syltkuhlen (zwischen Sauerbruchring und Röntgengang)

Da auf Grund von verdichteten Containerstandorten eine Reduzierung von Verunreinigungen erreicht werden kann, wurde die Errichtung weiterer Standorte angestrebt. So wurde, unabhängig von der beschlossenen Verdichtung, Ecke Harckesheyde / Johann-Hinrich-Wichern-Straße und im Friedrichsgaber Weg 599 ein neuer Containerstandort zur Erfassung von Altpapier und Altglas eingerichtet.

Es kann davon ausgegangen werden, dass vom Betriebsamt weiterhin eine auf den Bedarf ausgerichtete ständige Verdichtung der Container vorgenommen wird.

Protokollauszug:

701

TOP 4.4: M00/0133 Abfallstatistik 1999

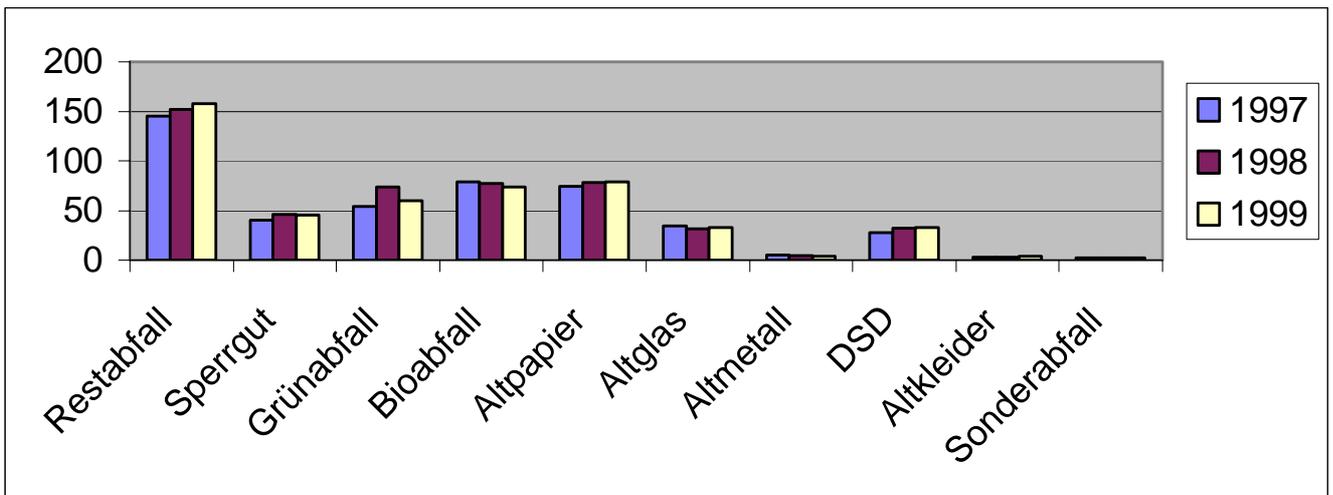
Nachstehender Tabelle sind die im vergangenen Jahr, verglichen mit den beiden Vorjahren, eingesammelten Abfälle zu entnehmen:

Tonnen pro Jahr					
Jahr	Restabfall	Sperrgut	Grünabfall	Bioabfall	Sonderabfall
1997	10.319	2.988	3.814	5.586	140
1998	10.830	3.288	5.241	5.502	164
1999	11.313	3.239	4.309	5.319	162
Jahr	Altglas	Altmetall	DSD	Altkleider	Altpapier
1997	2.461	373	1.959	204	5.276
1998	2.218	318	2.314	194	5.582
1999	2.344	284	2.348	245	5.678

Die Verpackungsverordnung fordert folgende Erfassungsquoten: Altpapier = 48 kg/E, Altglas = 35 kg/E, DSD = 11,4 kg/E.

Der nachfolgenden Aufstellung, entsprechend kg/E, kann entnommen werden, dass die Erfassungsquote für Altpapier und DSD erheblich überschritten wurde.

Kg pro Einwohner und Jahr					
Jahr	Restabfall	Sperrgut	Grünabfall	Bioabfall	Sonderabfall
1997	145,24	40,29	53,69	78,62	1,97
1998	151,71	46,07	73,42	77,07	2,29
1999	157,51	45,10	59,99	74,05	2,25
Jahr	Altglas	Altmetall	DSD	Altkleider	Altpapier
1997	34,64	5,26	27,58	2,87	74,25
1998	31,07	4,45	32,42	2,71	78,19
1999	32,64	3,95	32,69	3,41	79,05



Protokollauszug:

701

**TOP 4.5:
Blei im Trinkwasser**

Der Sachverhalt des Bericht ergibt sich aus der **Anlage 10** dieser Niederschrift.

Protokollauszug:

68

Anfragen:

Dr. Weinhold fragt an, wie der Stand eines Baumkatasters ist und ab welcher Größe, Bäume in dieses aufgenommen werden.

Herr Kerlin beantwortet die Anfrage direkt und stellt klar, dass die Stadt derzeit kein Baumkataster unterhält.

Herr Prosch fragt an, warum an der Schleswig-Holstein-Straße, Ecke Poppenbüttler Straße und an der Rathausallee, Richtung Amtsgericht die Bäume gefällt wurden.

Herr Kerlin antwortet direkt.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Finnern.

Herr Finnern verlässt die Sitzung

TOP 5: Klimaschutz - ständiger TOP -

Herr Brüning berichtet, dass am 05.04.2000 die Präsentation und die Prämienvergabe der an dem Energiespar-Projekt beteiligten Schulen stattfindet. Frau Farnsteiner bereitet dafür eine Internet-Präsentation vor.

Er berichtet, dass die CO₂-Bilanz fortentwickelt wird. Er verweist dazu auf das Protokoll der Arbeitsgruppe Umweltschutz vom 11.02.2000 (**Anlage 11**)

Herr Brüning berichtet weiter, dass die Präsentation der Energiesparschulen und die Erstellung der CO₂-Bilanz sehr zeitaufwendig waren. Dadurch konnten die anderen Aufgaben von Frau Farnsteiner nicht in gleicher Intensität bearbeitet werden. Da die Erstellung der CO₂-Bilanz nicht die erste Priorität hat, werden zunächst weitere Aufgaben mit Vorrang bearbeitet werden müssen, was hinsichtlich der CO₂-Bilanz jedoch keine entscheidenden Nachteile bringt. Diese wird in jedem Fall in diesem Jahr erstellt.

Herr Schlüter entschuldigt sich für die späte Beantwortung der Anfragen aus den letzten Sitzungen. Er gibt die Beantwortung der Anfragen ans Protokoll (**siehe Anlage 12**).

Er beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Hahn bittet um einen Sachstandsbericht über die Solaranlage auf dem Dach des Lessing-Gymnasiums.

Herr Brüning antwortet direkt.

Frau Hahn weist darauf hin, dass laut Protokoll im Ausschuss für junge Menschen die Frage gestellt wurde: "Was ist Klimaschutz?". Sie sieht hier Aufklärungsbedarf.

Herr Schlüter verläßt die Sitzung.

Protokollauszug:

15
68

**TOP 6:
Baumschutzsatzung**

**TOP 6.1: M00/0107
Baumschutzsatzung, hier: Stand des Prüfauftrages vom 16.02.2000 zur Änderung der bestehenden Baumschutzsatzung**

In seiner Sitzung am 16.02.2000 hat der Ausschuß für Umweltschutz die Stadtverwaltung per Beschluss beauftragt, den überreichten SPD-Entwurf zur Änderung der bestehenden Baumschutzsatzung rechtlich und fachlich zu prüfen.

Eine rechtliche und fachliche Prüfung des SPD-Entwurfs zur Änderung der Baumschutzsatzung ist bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz nicht leistbar. Da der Entwurf fast keine bereits rechtlich geprüfte Formulierungen aufgreift, sondern neu formuliert wurde, muß er Satz für Satz rechtlich geprüft werden.

Um das Ergebnis des Prüfauftrages in der Sitzung am 15.03.2000 beraten zu können, müßte die Vorlage am 03.03.2000 unterschrieben vorgelegt werden.

Angesichts des enormen Arbeitsumfanges ist dies nach Aussage des Rechtsamtes so kurzfristig vom Rechtsamt nicht leistbar.

Eine fachliche Stellungnahme ist ebenfalls bis zum 03.03.2000 aufgrund personeller Engpässe angesichts der unglücklichen Zeitwahl nicht möglich. Da das Landesnaturschutzgesetz § 24 (4) verbietet, vom 15.03. bis 30.09. Bäume, Knicks, Hecken etc. zu fällen, zu roden, auf den Stock zu setzen oder auf sonstige Weise zu beseitigen, geht jedes Jahr eine Antragsflut kurz vor Beginn der Schutzzeit ein.

Das Prüfungsergebnis wird dem Ausschuss in der darauffolgenden Sitzung am 17.05.2000 vorgelegt.

Sollte dann ein Beschluß über den Entwurf im Ausschuß für Umweltschutz verabschiedet werden, könnte das Beteiligungs- und Auslegungsverfahren gemäß § 53

Landesnaturschutzgesetz gestartet werden (Beteiligung der Behörden und öffentlichen Planungsträger durch Anschreiben sowie öffentliche Auslegung für einen Monat, Auswertung der eingegangenen Anregungen, ggf. Überarbeitung, Beschlußvorlage im Ausschuß für Umweltschutz, ggf. Einarbeitung von beschlossenen Änderungen, ggf. Wiederholung des Verfahrens, Beschlußvorlage in der Stadtvertretung).

Die Vorsitzende stellt folgende Anfrage: "Wurden aufgrund der Berichterstattung in der Presse, vermehrt Fällanträge gestellt?"

Herr Kerlin antwortet direkt.

Herr Reher ergänzt die Ausführungen von Herrn Kerlin.

Protokollauszug:

695

TOP 6.2: B00/0111**Baumschutzsatzung hier: Antrag der Fraktion DIE BÜRGERPARTEI vom 29.02.2000**

Die Vorsitzende lässt über folgenden Antrag abstimmen:

Hiermit wird die zur Zeit gültige Baumschutzsatzung für 1 Jahr ausser Kraft gesetzt.

Der von der SPD-Fraktion eingebrachte neue Entwurf wird ebenfalls für den Zeitraum ruhen gelassen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung

Der Antrag wurde abgelehnt

Herr Kerlin, Herr Reher, Herr Bassler, Frau Pfeiler und die Zuhörer verlassen die Sitzung.

Protokollauszug:

695

TOP 7:**Tertialbericht 03.99 des Betriebsamtes**

Der Sachverhalt des Tertialberichtes 03/1999 des Betriebsamtes ergibt sich aus der **Anlage 13** dieser Niederschrift.

Herr Sandhof beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Hahn bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit es ein Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichtes gibt zur Frage ob die Müllwerker unter die EU-Richtlinie Arbeitsschutz fallen oder nicht.

Herr Kurzewitz beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Krogmann verläßt die Sitzung.

Herr Schlombs erscheint zur Sitzung und verläßt sie kurz darauf wieder.

Frau Hahn bittet darum, zukünftig im Ausschuss für Umweltschutz die Tertialberichte des Amtes 69 zum Themenbereich Oberflächenwasserentsorgung vorgestellt zu bekommen.

Protokollauszug:

30
70
12

TOP 8:

Einwohnerfragestunde - wird als erster Tagesordnungspunkt nach 20 Uhr aufgerufen -

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 9: B00/0055

3. Nachtragsatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft in der Stadt Norderstedt

Herr Kurzewitz erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Drews verlässt die Sitzung.

Herr Oettlein stellt folgenden Antrag:

“Der Ausschuss für Umweltschutz beschließt, dass bis zur endgültigen Beschlussfassung über das Thema keine neuen Ringtonnen mehr angemeldet werden können.”

Herr Kurzewitz weist darauf hin, dass dieser Antrag gegen die geltende Satzung verstossen würde.

Herr Oettlein zieht seinen Antrag zurück.

Herr Langeheinecke stellt folgenden Antrag:

“Der Tagesordnungspunkt wird auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz am 17.05.2000 verschoben. Die Verwaltung wird einen neuen Beschlussvorschlag erarbeiten.”

Frau Ebert stellt folgenden Antrag:

“Der Ausschuss für Umweltschutz bittet das Rechtsamt, eine dem Wunsch des Ausschusses entsprechende Formulierung zu finden.”

Frau Ebert zieht ihren Antrag zurück.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Langeheinecke abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Sandhof verlässt die Sitzung.

Protokollauszug:

70

**TOP 10:
Schmutzwasserableitung hier: Probleme aus dem Fremdwasseranteil**

Herr Möller beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Protokollauszug:

694

**TOP 11:
AGENDA 21 -ständiger TOP -**

Herr Brüning berichtet, dass im Zeitraum vom 21.03.2000 bis 04.04.2000 eine Veranstaltungsreihe (**siehe Anlage 14**) der Volkshochschule in Kooperation mit dem Umweltamt stattfindet.

Er berichtet, dass die Verwaltungstelle AGENDA 21 im Umweltamt verwaltungsintern ausgeschrieben wurde und dass am Montag den 20.03.2000 die Vorstellungsgespräche stattfinden.

Weiterhin berichtet Herr Brüning, dass er vom im Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten zu einer Veranstaltung am 16.03.2000 eingeladen wurde, bei der er Informationen zur Erstellung von Nachhaltigkeitsindikatoren für Kommunen geben soll.

Protokollauszug:

15